

Spitex Angestellte erhalten neue Arbeitsverträge

Weil sich die Rahmenbedingungen für die Spitex verschlechtert haben, werden neue Verträge ausgestellt – mit geringeren Sozialbeiträgen. – Seite 21

Spitex Bern spürt das kantonale Spardiktat – neue Verträge für alle Angestellten

Die politischen Entscheide hätten die Rahmenbedingungen für die öffentliche Spitex verschlechtert, sagt der Geschäftsführer.

Matthias Raaflaub

Die Spitex Bern überraschte Ende vergangener Woche mit der Mitteilung, dass sie die Sozialbeiträge für das Personal kürzen will («Bund» vom letzten Freitag). Um langfristig Stellen zu erhalten, müsse auch das gesamte Personal einen Beitrag leisten, schrieb die Geschäftsleitung. Die Spitex Bern reduziert in neuen Verträgen ihre Beiträge für Krankentaggeld und die berufliche Vorsorge.

Geschäftsführer Philipp Steiner begründet die Massnahmen damit, dass die Spitex sich mit schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konfrontiert sehe. Damit spricht er die letzten politischen Entscheide im Kanton an: Der Regierungsrat hat bei der Spitex die Sparschraube angesetzt. In der Session vom letzten Dezember hielt er schliesslich gegen den Willen des Grossen Rats daran fest. Gespart wird ab dem 1. April insbesondere bei den sogenannten hauswirtschaftlichen Leistungen. Wo etwa Gebrechliche eine Spitex-Fachkraft fürs Kochen, Putzen oder Waschen anstellen, beteiligte sich der Kanton bisher in jedem Falle an den Kosten. Künftig wird der Selbstbehalt ab einem anrechenbaren Einkommen von 20 000 Franken pro Jahr schrittweise erhöht. Ab 50 000 Franken müssen die Spitex-Kunden alles selber bezahlen.

«Der Druck nimmt zu»

Darum glaubt Steiner, dass die Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Leistungen noch dieses Jahr deutlich zurückgehen wird. Verstärkt werde der Effekt dadurch, dass künftig private Anbieter gleichberechtigt mitbieten können, wo hauswirtschaftliche Leistungen von einem Arzt verordnet werden. «Beiträge, welche früher alleine der öffentlichen Spitex zustanden, können jetzt auch an Privatanbieter gehen.» Private Betriebe aber könnten wegen anderer Anstellungsbedingungen meist weit tiefere Angebote machen. «Darum müssen auch wir unsere Kostenstruktur bereinigen und verringern», sagt Steiner.

Beim Spitex-Verband des Kantons Bern bestätigt man die Diagnose Steiners: «Der Druck nimmt zu. Jede Organisation muss schauen, dass die Rechnung wirtschaftlich aufgeht», sagt Geschäftsleiter Jürg Schläfli. Konkrete Abbaupläne seien ihm nicht bekannt. «Aber alle Organisati-



Das Frühstück von der Spitex: Neben der Pflege übernimmt sie für Klienten auch das Kochen und Aufräumen. Foto: G. Bally (KeyStone)

tionen machen sich ihre Gedanken», sagt er. Die Anliegen der Politik, bei der Spitex zu sparen, seien nicht neu. «Man müsste damit rechnen, dass der Grosse Rat auch bei der Spitex sparen wird.» Ob es sich auszahlen werde, sei sehr fraglich.

Die Spitex Bern hat nun beschlossen, die Beiträge an die Prämien für die berufliche Vorsorge (BVG) und das Kranken-

taggeld (KTG), sowie die Unfallversicherung neu zu regeln. Von einer Beteiligung von knapp zwei Dritteln bei BVG und KTG geht die Spitex auf 50/50 zurück. 50 Prozent bezahlt die Spitex Bern bisher auch an die Beiträge für die Unfallversicherung. Sie werden den Angestellten künftig gar nicht mehr vergütet. «Die Reduktion entspricht dem, was

in den meisten Unternehmen selbstverständlich ist», sagt Steiner. Seine Organisation habe sich bei den Sozialbeiträgen bisher grosszügiger gezeigt als die meisten anderen, grosszügiger auch als die Privatwirtschaft. Die verbesserten Bedingungen habe man auf Wunsch der Stadt Bern aufgenommen, als diese die Spitex noch finanzierte. Jetzt, unter dem

weniger weit aufgespannten Schirm des Kantons, könne man sich das nicht mehr leisten. «Auch in der Hauswirtschaft zahlen wir immer noch überdurchschnittlich», sagt Steiner. Schläfli vom Spitex-Verband bestätigt dies. Der Verband empfiehlt den Spitex-Organisationen die 50/50-Lösung.

Kritik von Verbänden

Dennoch gibt es Opposition von den Arbeitnehmerverbänden. Der Verband des Personals Öffentlicher Dienste VPOD und der Berufsverband der Pflegefachleute SBK kritisieren den Entscheid der Spitex Bern. Er habe für eine 100-Prozent-Angestellte durchschnittlich eine monatliche Lohnelbussse von 175 Franken zur Folge. «In anderen Branchen geht man auch nicht auf das gesetzlich notwendige Minimum zurück», kommentiert Christof Jakob vom VPOD.

Die Arbeitnehmerverbände haben der vorgeschlagenen Lösung der Spitex Bern nicht zugestimmt. Sie werfen der Geschäftsleitung vor, zu früh zu solchen Massnahmen zu greifen. Es gebe keinen Grund, nicht abzuwarten, ob die befürchteten Entwicklungen auch eintreten und die Lohnsenkung nötig sei. VPOD und SBK bemängeln, dass die Geschäftsleitung die Einberufung der Schlichtungsstelle ablehnt, die für solche Streitigkeiten vorgesehen ist.

Steiner räumt ein, dass die Spitex Bern in ihren Auftragsbüchern noch keinen Rückgang spüre. Die Auswirkungen der Kostenbeteiligung würden erst einige Monate nach Einführung der neuen Regelung bemerkbar. «Ich kann es aber nicht verantworten, wenn ich im November Mitarbeiter entlassen muss, nur weil wir jetzt den Zug verpassen», so Steiner.

Keine Sorgen bei Spitex-Pflege

Gut bestellt ist es weiterhin um die Spitex-Pflege. Von der Kostenbeteiligung erwartet Steiner dort nur «marginale» Auswirkungen, da Pflegeleistungen nicht so einfach zu ersetzen seien. Unter der neuen Spitalfinanzierung wird die Rolle der ambulanten Pflege zudem noch zunehmen. Muss sich die Spitex also anders aufstellen? Ein weiterer Rückgang bei der Hauswirtschaft sei realistisch, sagt Steiner. Würden die Sparmassnahmen umgesetzt, werde es aber nicht zu Entlassungen kommen.